

D-Kleve: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2008/S 189-250760

BEKANNTMACHUNG

Dienstleistungsauftrag

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N):

Stadt Kleve, Kavarinerstraße 20-22, z. Hd. von Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Willibrord Haas,
D-47533 Kleve. Tel. (49) 028 21 84-0. E-Mail: stadtkaemmerer@kleve.de. Fax (49) 028 21 84-280.

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des Auftraggebers: www.kleve.de.

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen.

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei: den oben genannten Kontaktstellen.

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen.

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN):

Regional- oder Lokalbehörde.

Allgemeine öffentliche Verwaltung.

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:

Verfahren zur Entwicklung der Unterstadt Kleve "Minoritenplatzbebauung und Rathaus".

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistung.

Dienstleistungskategorie: Nr. 12.

Hauptort der Dienstleistung: Kleve.

NUTS-Code: DEA1B.

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Geschätzter Gesamtwert des Auftrags über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung:

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

— Architektonische, städtebauliche und freiraumgestalterische Konzepte für die Entwicklung des Minoritenplatzgeländes sowie des Rathausgrundstücks in Kleve zur Vorbereitung der Sanierung, des Umbaus / der Erweiterung oder des Neubaus des Rathauses sowie der Entwicklung ergänzender Strukturen eines städtebaulich-freiraumplanerischen Gesamtkonzepts. Hierbei kommen neben Darlegungen zur Neuordnung und Arrondierung der bestehenden Bebauung auch das Aufzeigen neuer Möglichkeiten bspw. für Handels- und Dienstleistungsflächen sowie für Wohnen in Frage. Die Darlegung hat in drei Varianten unter Berücksichtigung

detaillierter Rahmenvorgaben (öffentliches Werkstattverfahren, nicht nach RAW 2004) betreffend die Entwicklung eines tragfähigen Konzepts für die zukünftige Bewirtschaftung des / der öffentlichen Gebäude(s) insbesondere unter technischen Gesichtspunkten (Betriebs- und Bewirtschaftungskosten) zu erfolgen.
— Entwicklung einer Konzeption für die zukünftige Nutzung des Gesamtareals unter kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen (nichttechnischen) Gesichtspunkten (Standorteignung, Aufwand, Erträge), dabei insbesondere: Ermittlung des infolge der Realisierung der Konzeption zu erwartenden Kostenaufwands für die Stadt Kleve in Bezug auf das Rathaus sowie der durch die Stadt zu tragenden wirtschaftlichen Risiken, jeweils unter Berücksichtigung einer zu erwartenden Nutzungsdauer von mindestens 25 Jahren Es sind zwingend Bietergemeinschaften aus Architekten und Landschaftsarchitekten sowie geeigneten technischen und nichttechnischen Beratern zu bilden. Im Rahmen des Verfahrens sind insbesondere städtebauliche, freiraumplanerische und architektonische Leistungen bis zu einem Maßstab von 1:200 (Vorentwurf) sowie darauf bezogene Darlegungen betreffend die Wirtschaftlichkeit und den Betrieb des projektierten Vorhabens zu erbringen.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

71240000, 79400000.

II.1.7) **Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):**

Nein.

II.1.8) **Aufteilung in Lose:**

Nein.

II.1.9) **Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Nein.

II.2) **MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

II.2.2) **Optionen:**

Nein.

II.3) **VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG:**

Ende: 30.6.2009.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Nachweis der Berufshaftpflicht (Architekt, Landschaftsarchitekt).

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend):**

Im Anschluss an das Bewerbungsverfahren (siehe Informationsunterlage) werden insgesamt sechs Bietergemeinschaften (siehe III.2.3) zur Teilnahme an dem Werkstattverfahren aufgefordert. Den Teilnehmern wird eine detaillierte Auslobungsunterlage (Vergabeunterlage) zur Verfügung gestellt. Es wird an jeden Teilnehmer nach der vollständigen ordnungsgemäßen Erfüllung der in der Vergabeunterlage im einzelnen genannten Leistungen ein Pauschalhonorar von 10 000 Euro inkl. aller Nebenkosten inkl. der gesetzlichen Umsatzsteuer / Mehrwertsteuer (sofern anwendbar) gezahlt. Die Beiträge, für die im Rahmen des Verfahrens ein Zuschlag erteilt wird (insgesamt drei Beiträge), werden jeweils mit 15 000 Euro brutto zusätzlich honoriert.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:**

Nein.

III.2) **TEILNAHMEBEDINGUNGEN**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Für jede am Teilnahmewettbewerb teilnehmende Bietergemeinschaft ist das Formblatt 1 "Bewerbererklärung" (Anlage zur Informationsunterlage) ausgefüllt, unterschrieben und gestempelt der Bewerbung zum Teilnahmewettbewerb beizufügen. Mit dem Formblatt sind die Mitglieder der Bietergemeinschaft verbindlich zu benennen sowie Erklärungen dahingehend abzugeben, dass gegen kein Mitglied der Bietergemeinschaft Ausschlussgründe gemäß § 11 Abs. 1 u. 4 VOF vorliegen. Für jeweils mindestens eine Teilnehmerin / einen Teilnehmer (natürliche Person) je Bietergemeinschaft ist der Nachweis der Berechtigung, die Berufsbezeichnung Architekt zu führen bzw. der Nachweis der Berechtigung, die Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt oder eine vergleichbaren Berufsbezeichnung zu führen, zu erbringen. Alternativ kann der Nachweis geführt werden — der Erfüllung der jeweiligen Eintragungsvoraussetzungen gemäß § 4 Abs. 3 Satz 1 BauKAG NRW (bei Geschäftssitz/Wohnsitz in dem vom EWR-Abkommen erfassten Gebiet oder in einem sonstigen Drittstaat, sofern dieser ebenfalls Mitglied des WTO-Dienstleistungsabkommens ist) oder, — der Berechtigung zur Führung der jeweiligen Berufsbezeichnung nach dem Recht des jeweiligen Heimatstaates (bei Geschäftssitz/Wohnsitz in einem der vorgenannten ausländischen Gebietsbereiche). Ist die Berufsbezeichnung in dem Herkunftsstaat des Mitglieds der Bietergemeinschaft gesetzlich nicht geregelt, bestimmen sich die fachlichen Anforderungen nach der einschlägigen EG-Richtlinie.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Für jedes Mitglied der am Teilnahmewettbewerb teilnehmenden Bietergemeinschaft ist das Formblatt 2 "Leistungsfähigkeit" (Anhang zur Informationsunterlage) ausgefüllt, unterschrieben und gestempelt der Bewerbung zum Teilnahmewettbewerb beizufügen. Darin die Organisationsform des Betriebs des jeweiligen Mitglieds zu erklären sowie die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen, anzugeben. Des Weiteren sind Angaben des Umsatzes in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren zu machen, soweit Leistungen betroffen sind, die mit der geforderten Planungs- bzw. Beratungsleistung vergleichbar sind (bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen unter Nennung des eigenen Anteils).

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Zur Bewerbung für eine Verfahrensteilnahme sind Architekten in Bietergemeinschaft mit Landschaftsarchitekten und Beratungsfirmen aus dem Bereich Immobilienwirtschaft (Projektentwicklung, Facility-Management etc.) zugelassen. Es sind außerdem Architekten, die vergleichbare immobilienwirtschaftliche Beratungsleistungen nachweislich selbst erbringen und entsprechende Referenzen (s.u.) vorweisen, in Bietergemeinschaft mit Landschaftsarchitekten zugelassen. Die technische Leistungsfähigkeit ist für jedes Mitglied anhand von Referenzprojekten zu belegen. Es dürfen je Mitglied der Bietergemeinschaft maximal 3 Blätter im Format A3 (einseitig bedruckt) mit geeigneten Referenzprojekten eingereicht werden. Mit dem Formblatt 3 "Referenzen" sind für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft separat Angaben und Kennziffern betreffend die genannten Referenzprojekte zu erklären. Anhand der Referenzprojekte sollen neben der jeweiligen fachtechnischen Leistungsfähigkeit insbesondere auch Erfahrungen auf dem Feld der Entwicklung von Betreiberkonzeptionen (Bewirtschaftung/Unterhaltung, "Lebenszyklusorientierung") nachgewiesen werden. Im Einzelnen wird der Nachweis folgender Referenzen verlangt: - (für Architekten:) Nachweise über die erfolgreiche Abwicklung eines städtebaulichen Projekts (Hochbau, Freiraumstrukturen) für gemischte Nutzungen mit einer Gesamt-BGF

von mindestens 3 000 qm, Fertigstellung in den Jahren 2003 bis 2008 unter Nennung folgender Kenndaten: Jahr der Fertigstellung, überplante Fläche, BGF (gegliedert nach Nutzungen), Flächenanteile für Freiräume; alternativ: Nachweis eines Wettbewerbserfolgs (1. bis 3. Platz) in einem Realisierungswettbewerb für ein vergleichbares Vorhaben in den Jahren 2003 bis 2008 - (für Architekten:) Nachweise über die erfolgreiche Abwicklung eines der Teilaufgabenstellung "Rathaus" vergleichbaren Bauvorhabens (Sanierung, Umbau oder Neubau eines Verwaltungsgebäudes oder eines öffentlichen Gebäudes, jeweils mit einer BGF von mindestens 2 000 qm) mit Fertigstellung in den Jahren 2003 bis 2008 unter Nennung folgender Kenndaten: Bauherr (Ansprechpartner), Jahr der Fertigstellung, BGF, ausgeführte Leistungsphasen (mind. 1-5, jeweils auch in Kooperation mit anderen Architekten), Bausumme (Kostengruppen 200 bis 700) sowie ggf. beteiligte kooperierende Architekten; alternativ: Nachweis eines Wettbewerbserfolgs (1. bis 3. Platz) in einem Realisierungswettbewerb für ein vergleichbares Vorhaben in den Jahren 2003 bis 2008; alternativ: Nachweis einer Auszeichnung / Prämierung für ein fertiggestelltes vergleichbares Bauvorhaben in den Jahren 2003 bis 2008 -(für Landschaftsarchitekten:) Nachweise über die erfolgreiche Realisierung einer städtischen Freiraumanlage (Straßengestaltung, Platz) mit einer Fläche von mindestens 2 000 qm mit Fertigstellung in den Jahren 2003 bis 2008 unter Nennung folgender Kenndaten: Bauherr (Ansprechpartner), Jahr der Fertigstellung, Gesamtfläche, ausgeführte Leistungsphasen (mind. 1-5, jeweils auch als Teil einer Arbeitsgemeinschaft), Bausumme (Kostengruppen 200 bis 700) sowie ggf. beteiligte kooperierende Landschaftsarchitekten; alternativ: Nachweis eines Wettbewerbserfolgs (1. bis 3. Platz) in einem Realisierungswettbewerb für ein vergleichbares Vorhaben in den Jahren 2003 bis 2008; alternativ: Nachweis einer Auszeichnung / Prämierung für ein fertiggestelltes vergleichbares Bauvorhaben in den Jahren 2003 bis 2008 — (für Berater / sonstige Partner der Bietergemeinschaft:) Nachweis über die Mitwirkung (mit Beschreibung der erbrachten Beratungsleistung) an einem erfolgreich realisierten Bauvorhaben entsprechend der Aufgabenstellung (Städtebauliches Projekt (Hochbau, Freiraumstrukturen) für gemischte Nutzungen mit einer Gesamt-BGF von mindestens 3 000 qm und/oder Sanierung, Umbau oder Neubau eines Verwaltungsgebäudes oder eines öffentlichen Gebäudes mit einer BGF von mindestens 2 000 qm,) jeweils mit Fertigstellung in den Jahren 2003 bis 2008, unter Nennung folgender Kenndaten: Bauherr (Ansprechpartner), Jahr der Fertigstellung, BGF, Bausumme (Kostengruppen 200 bis 700).

III.2.4) **Vorbehaltene Aufträge:**

Nein.

III.3) **BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGS-AUFTRÄGE**

III.3.1) **Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:**

Nein.

III.3.2) **Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen:**

Ja.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **VERFAHRENSART**

IV.1.1) **Verfahrensart:**

Verhandlungsverfahren.

Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein.

IV.1.2) **Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:**

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Vorliegen der geforderten Nachweise gemäß Ziff. III, Qualität und Volumen der nachgewiesenen Referenzprojekte (Gewichtung der Auswahlkriterien gemäß Informationsunterlage).

- IV.1.3) **Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:**
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote Ja.
- IV.2) **ZUSCHLAGSKRITERIEN**
- IV.2.1) **Zuschlagskriterien:**
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
1. architektonische, städtebauliche und freiraumplanerische Qualität (auch unter Berücksichtigung funktionaler/ betrieblicher Aspekte) nach Maßgabe der Vergabeunterlage. Gewichtung: 50.
2. fiskalische Auswirkungen des vorgelegten architektonischen Konzepts (unter Berücksichtigung des Investitionsaufwands, der Bewirtschaftungskosten sowie ggf. zu erzielender Erträge) nach Maßgabe der Vergabeunterlage. Gewichtung: 50.
- IV.2.2) **Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt:**
Nein.
- IV.3) **VERWALTUNGSINFORMATIONEN**
- IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**
- IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:**
Nein.
- IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:**
- IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:**
7.11.2008 - 16:00.
- IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:**
15.12.2008.
- IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**
Deutsch.
- IV.3.7) **Bindefrist des Angebots:**
- IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **DAUERAUFTRAG:**
Nein.
- VI.2) **AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD:**
Nein.
- VI.3) **SONSTIGE INFORMATIONEN:**
Eine Informationsunterlage mit näheren Angaben zum Verfahren kann ab dem 8.10.2008 bei der Stadt Kleve angefordert werden. Das Verfahren dient der Findung von Konzepten für die städtebauliche Nutzung und Gestaltung des Minoritenplatzgeländes sowie von maximal drei sich grundsätzlich voneinander unterscheidenden Varianten für die zukünftige bauliche Nutzung des Rathausareals im Rahmen der geplanten

Entwicklung der "Unterstadt Kleve". Diese Varianten werden von der Stadt Kleve als Grundlage für weitere Entscheidungen über die zukünftige Entwicklung des Areals benötigt. Mit ihrem Teilnahmeantrag bewerben sich Bietergemeinschaften – entsprechend ihren Referenzen — auf jede der 3 durch die Ausloberin zu benennenden unterschiedlichen Teilaufgabenstellungen (siehe Informationsunterlage); die Angabe von Präferenzen ist zulässig. Zur Verfahrensteilnahme werden je Teilaufgabenstellung zwei Bietergemeinschaften zugelassen. Die Ausloberin behält sich vor, Bietergemeinschaften für die Bearbeitung einer bestimmten Teilaufgabe bei gleicher Eignung durch Los auszuwählen. Die zur Verfahrensteilnahme aufgeforderten Bietergemeinschaften erhalten je eine ausführliche Vergabeunterlage mit der verbindlichen Definition der jeweils zu bearbeitenden Aufgabenstellung. Für jede Teilaufgabenstellung wird einem Bieter der Zuschlag gemäß Ziff. IV.2 der Vergabebekanntmachung erteilt, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Das Verfahren wird als nichtanonymes dialogorientiertes Werkstattverfahren unter Einbeziehung der Öffentlichkeit durchgeführt. Die Anwesenheit der zur Teilnahme an dem Verfahren ausgewählten Bieter an öffentlichen Veranstaltungen vor Ort (siehe Informationsunterlage) ist obligatorisch und Teil der anzubietenden Leistung. Es werden Bietergemeinschaften gesucht, die über Erfahrungen in der Planung und Verwirklichung komplexer städtebaulich-freiraumplanerischer sowie Sanierungs- bzw. Umbauprojekten entsprechend der gestellten Aufgabe verfügen. Jeder am Werkstattverfahren teilnehmenden Bietergemeinschaft wird ein ortskundiger Architekt (von der Stadt Kleve benannt) zur Seite gestellt. Die Honorierung des ortskundigen Architekten ist nicht aus den Honoraren gemäß Ziff. III.1.2 der Bekanntmachung zu tragen, sondern erfolgt unmittelbar durch die Stadt Kleve (2 500 Euro brutto für die Mitwirkung bei der Erfüllung der in der Vergabeunterlage genannten Leistungen, zusätzlich 2 500 Euro brutto für die Mitwirkung bei der Entwicklung eines Entwurfs, für den im Verfahren ein Zuschlag erteilt wird). Die maximal 3 Varianten, für die im Verfahren ein Zuschlag erteilt wird, werden durch eine fach- und sachkundige Kommission nach vorab festgelegten Kriterien (siehe Vergabeunterlage) zum Abschluss des Verfahrens ausgewählt. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgeschickt; es erfolgt im Teilnahmewettbewerb keine Kostenerstattung. Mehrfachbewerbungen jeglicher Art werden nicht zugelassen. Eine Mehrfachbewerbung ist auch die Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Abweichungen von den formellen Anforderungen und Mehrfachbewerbungen führen zum Ausschluss von dem Teilnahmewettbewerb. Es ist sicherzustellen, dass die Bewerbungsdokumente zum Teilnahmewettbewerb bei der Vergabestelle bis zum Abgabetermin eingegangen sind. Das Versandrisiko für den rechtzeitigen Eingang liegt bei den Teilnahmeinteressenten. Es gilt der Eingangsvermerk, nicht der Poststempel. Bewerbungen, die per Fax oder per E-Mail eingehen, werden nicht berücksichtigt. Die Stadt Kleve beabsichtigt, nach Abschluss des Verfahrens ggf. einen Bauauftrag zur Sanierung, zum Umbau oder zum Neubau eines Dienstleistungszentrums (mit Rathaus) zu vergeben (Details siehe Informationsunterlage). Als Beschlussgrundlage sollen der Stadt Kleve ein Beitrag oder alternative Beiträge dienen, der (die) im Verfahren dazu empfohlen wird (werden). Der Zuschlag wird für maximal 3 unterschiedliche Konzepte an deren Urheber erteilt. Im Fall der Realisierung einer im Verfahren entwickelten Konzeption sollen deren Urheber — in dem dazu rechtlich möglichen Rahmen — von einem Investor, der dann in einem selbständigen Verfahren zu ermitteln sein wird, in die weiterführende Planung eingebunden werden. Eine Verpflichtung, ein solches Verfahren zur Suche und zum Finden eines Investors durchzuführen, geht die Stadt Kleve jedoch nicht ein, auch nicht dahingehend, dass in ein solches Verfahren die im vorliegenden Verfahren obsiegende(n) Bietergemeinschaft(en) einbezogen wird (werden).

VI.4) **NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

Vergabekammer bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Fischerstraße 2, D-40474 Düsseldorf. Tel. (49) 021 14 75 31 31. Fax (49) 021 14 75 39 89.

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen:**

- VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:**
Stadt Kleve, Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Willibrord Haas, Kavarinerstraße 20-22, D-47533 Kleve.
E-Mail: stadtkammerer@kleve.de. Tel. (49) 028 21 84-208. Fax (49) 028 21 84-280.
- VI.5) **TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG:**
25.9.2008.